

Die aktuellen Änderungen im  
Privatinsolvenzrecht und weitere Änderungen  
der InsO

**BAK-InsO Jahrestagung  
05.11.2012**

**(Stand: 05.10.2012)**

RiAG Schmerbach, AG Göttingen  
Ulrich.Schmerbach@justiz.niedersachsen.de

## BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht **Ausgangslage**

- ▶ RefE 18.01.2012 –  
Beilage 1 zu ZVI 2/2012 = ZInsO 2012, 69 „.....und zur Insolvenzfestigkeit von Lizenzen“

- ▶ RegE 18.07.2012

Entwurf eines Gesetzes

zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und  
zur Stärkung der Gläubigerrechte (ZInsO 2012, 1461)

- ▶ *Stellungnahme BRat 21.09.2012*  
*BRat-Drucks. 467/12*
- ▶ *Gegenäußerung BReg 31.10.2012*  
*BT-Drucks 17/11268*

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Überblick Änderungen**

- Verbraucherinsolvenzverfahren  
u.a. Verzicht auf (außer)gerichtlichen Einigungsversuch  
Insolvenzplanverfahren
- RSB-Verfahren  
u.a. Verfahrensänderungen  
Ausweitung Versagungsgründe
- Sonstige Änderungen  
u.a. Insolvenzfestigkeit Genossenschaftsanteile
- Keine Vollübertragung auf RPfl

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Verbraucherinsolvenzverfahren**

- (Außer)gerichtlicher Einigungsversuch
  - ▶ InsO-Gesetzgeber:  
Außergerichtlicher Einigungsversuch
    - als Motivation zur Einigung
    - als Filter zum Schutz der Gerichte
    - Nachweis durch Bescheinigung geeignete Person / Stelle
  - ▶ Konzept gescheitert  
Nullplan Regelfall → Keine ausdrückliche Zustimmung aller Gläubiger
  - ▶ Kaum erfolgreiche gerichtliche Einigungsversuche  
Regelfall: Ablehnung Schuldenbereinigungsversuch durch Gericht
  - ▶ Gesetzgeber ursprünglich: Hohe Erfolgsquote außerger. Versuch in einigen Bundesländern (ca. 6% - 30%) → Einigungsversuch stärken

## BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht **Verbraucherinsolvenzverfahren**

(1) Kein außergerichtlicher Einigungsversuch bei offensichtlicher Aussichtslosigkeit (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 RegE)

- ▶ Voraussichtliche Befriedigungsquote unter 5%

- ▶ Mehr als 20 Gläubiger

Bescheinigung erforderlich – Gebühr 60 € RVG Nr. 2502- E)

(nach persönlicher Beratung und gründlicher Prüfung) !

Regelmäßig keine Beratungshilfe (§ 2 Abs. 4 BerHG-E)

- ▶ Sinnvoll Beratungszwang

Wünschenswert Aufarbeitung Unterlagen

- ▶ Unklar Finanzierung insb. der Schuldnerberatungsstellen

(die umfassend vertreten dürfen; § 305 Abs. 4 Satz 1 – Streichung „ im Verfahren nach diesem Abschnitt“)

- ▶ Zweifelhafte Grenzziehung

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Verbraucherinsolvenzverfahren**

(2) Kein gerichtlicher Einigungsversuch mehr  
sondern

- Streichung gerichtlicher Einigungsversuch
- Möglichkeit Insolvenzplan

(3) Aufhebung §§ 313 Abs. 2 und 3, 314

Bei Eröffnung: Insolvenzverwalter statt Treuhänder

Mindestgebühr 800 €

► Es bleiben

§ 304 - § 305 - § 306 InsO

(Teil der Vorschriften nach vorne gezogen, z.B. § 312 Abs. 1 Satz 3  
in § 88 InsO)

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Verbraucherinsolvenzverfahren**

- ▶ Problematik Insolvenzplan (Heyer ZVI 2012, 321)
- ▶ Anderer Weg: „Methodenvielfalt“  
Zustimmungsersetzung beibehalten und zeitlich ausweiten
  - Vorteile ggü. frühem Stadium:
    - Zahl der Gläubiger und Summe der Forderungen ist geringer (unterbliebene Anmeldungen)
    - Abklärung der Deliktsgläubiger gem. § 302 Nr. 1
    - Realistische Einschätzung Vermögenslage Schuldner

(Schmerbach NZI 2012, 364 unter Hinweis auf BGH NZI 2011, 947)

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Verbraucherinsolvenzverfahren**

- ▶ Weitergehende Alternative: Vollständige Streichung §§ 304 ff. InsO  
(so zuletzt Vallender/Laroche VIA 2012, 9)

Einheitliches Insolvenzverfahren

- für alle natürlichen Personen
- mit einheitlichen Regelungen  
z. B. fakultativer Schuldenbereinigungsversuch für alle  
natürlichen Personen („Schuldnerautonomie“)  
ebenso: Restschuldbefreiungsverfahren mit einheitlichen  
Versagungsgründen (Frind ZInsO 2012,1455, 1456)

*BRat*

*Konzept RefE weiter verfolgen*

*Zustimmungsersetzungsverfahren vom Eröffnungsantrag trennen*



BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

*BReg: RefE nicht weiter verfolgt wegen massiver Kritik (Unpraktikabel – verfassungsrechtlich bedenklich – Keine Ausdehnung auf nicht beteiligte Gläubiger)*

- Verfahrensänderungen

- ▶ § 287a RefE – „Eingangentscheidung“
  - Im zeitlichen Zusammenhang mit Entscheidung über Eröffnungsantrag
  - Amtswegige Prüfung der Zulässigkeit des RSB-Antrages
- ▶ Bei Bejahung **Unzulässigkeit**
  - Rücknahmemöglichkeit Eröffnungsantrag für Schuldner zur Verhinderung Sperrfrist
  - Sonst beschwerdefähige Entscheidung

## BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht **Restschuldbefreiungsverfahren**

### ► Bei Verneinung

- Beschluss, dass Schuldner RSB erlangt, „wenn er den Obliegenheiten des § 295 nachkommt und Voraussetzungen für eine Versagung nach den §§ 290, 297 bis 298 nicht vorliegen“
- Öffentliche Bekanntmachung Beschluss
- Entfallen förmliche Ankündigung RSB gem. § 291
- Ernennung Treuhänder im Aufhebungsbeschluss (§ 200 Abs. 1 Satz 2)

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- ▶ Zulässigkeitsvoraussetzungen § 287a Abs. 2 RegE  
§ 290 Abs. 1 Nr. 3 Sperrfrist erneuter RSB-Antrag vorgezogen

Drei Sperrfristen

- 10 Jahre nach Erteilung RSB (wie bisher)
- 5 Jahre nach Versagung § 297 (Halbierung)
- 3 Jahre nach Versagung §§ 290 Abs. 1 Nr. 5 bis 7, 296, 297a InsO  
→ teilweise Übernahme Sperrfristrechtsprechung BGH

Flankierend § 290 Abs. 1 Nr. 1: 5 Jahre Frist  
Nr. 4: 3 Jahre Frist

## BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht **Restschuldbefreiungsverfahren**

### ► Bedenken

- In massehaltigen Verfahren bei Rücknahme keine Fortsetzung ?
- In masselosen Verfahren Filter des § 4a
  - dort Überprüfung aller Versagungsgründe des § 290 (insb. Abs. 1 Nr. 5)
- Wie Feststellung Versagungsgründe
  - Anfrage Schuldnerverzeichnis
    - § 303a RegE hilft nur begrenzt (Folie 20)
  - Obligatorische Erklärung Sch (§ 287 Abs. 1 Satz 2 RegE) skeptisch zu bewerten
- Vermengung der Versagungsgründe
  - Verwirrung Rechtsverkehr

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- Erleichterte Stellung von Versagungsanträgen - § 290
  - ▶ schriftlich
  - ▶ jederzeit auch schon vor dem Schlusstermin oder schon vor Aufforderung zur Geltendmachung von Versagungsgründen im schriftlichen Verfahren

Einheitliche Entscheidung

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- Ausweitung Versagungsgründe
  - ▶ § 290 Abs. 1 Nr. 1 a, § 297 Abs. 1 Nr. 2 RegE:  
Verurteilung wegen einer Eigentums- oder Vermögensstraftat  
„Der Betrüger verdient keine RSB“  
gestrichen
  - ▶ § 290 Abs. 1 Nr.1; § 297 Abs. 1 Nr. 1 RegE:  
Insolvenzstraftaten  
Abkehr von Tilgungsfristen des BZRG
    - Erheblichkeitsschwelle: Verurteilung
      - zu mindestens 90 Tagessätze oder Freiheitsstrafe 3 Monate
      - innerhalb der letzten 5 Jahre vor Antragstellung

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- ▶ Ausweitung Erwerbspflicht  
§ 290 Abs. 1 Nr. 7 RegE: Erwerbspflicht schon im eröffneten Verfahren  
Anpassung § 295 InsO
  - Durchbrechung Grundsatz, dass Obliegenheiten erst ab Aufhebung Verfahren gelten (ebenso § 35 Abs. 2 Satz 2, § 295 Abs. 2)
  - Bisher schon bei Stundung (§ 4c Nr. 4)
  - Nötig ist Einkommen im pfändbaren Bereich
  
- ▶ Nachträglich bekannt gewordene Versagungsgründe gem. § 290  
Geltendmachung binnen sechs Monaten nach Kenntnis (§ 297a RegE)
  
- ▶ Schritte in Richtung einheitliche Versagungsgründe ?  
(Schmerbach ZVI 2012, 155)  
*[BRat: Bei Verletzung Auskunftspflicht § 295 Verzicht auf  
Glaubhaftmachung Beeinträchtigung Gläubigerbefriedigung  
BReg: § 296 Abs. 2 Satz 3 InsO reicht]*

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- Vorzeitige Erteilung RSB - § 300 RegE
    - ▶ Koalitionsvertrag: Zweite Chance für „Existenzgründer“  
Halbierung auf drei Jahre
    - ▶ RegE:
      - Geltung für alle Schuldner
      - Aber Quoten zur Verkürzung
        - 3 Jahre: Quote 25% und Deckung Verfahrenskosten
        - 5 Jahre: Deckung Verfahrenskosten
      - Streichung „Motivationsrabatt“ § 292 Abs. 1 Satz 4
      - Aufhebung § 114 komplett
- Hauptstreitpunkt der Reform



BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

*BRat: Evaluierung nach mindestens 5 Jahren, in wie vielen Fällen  
Mindestbefriedigungsquote erreicht  
[Hannoversche Kanzlei: 2 %]*

*BReG: Zustimmung*

*BRat:*

*Keine RSB bei Neuverbindlichkeiten, bei denen Verzug eingetreten ist –  
nur bei vorzeitiger Erteilung RSB ?*

*BReg; Ablehnung*

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- Asymetrische Verfahren
  - § 300 Abs. 1 Satz 1: Anspruch Schuldner auf Entscheidung über Antrag Erteilung RSB nach Ablauf der RSB-Phase
  - § 301a:
    - Neuerwerb steht Schuldner zu  
Ausnahme: Neuerwerb war seinem Grund nach schon vor Ablauf RSB - Phase gelegt – Anfechtungsansprüche/Rechtstreit/Verwertung
    - Verfahren:
      - Treuhänder zieht Einnahmen ein bis zur Rechtskraft Entscheidung Erteilung RSB
      - Danach Auskehr an Schuldner
      - Keine Geltung § 89 InsO = Vollstreckungsmöglichkeit für Neugläubiger und Deliktsgläubiger (§ 302 Nr. 1 InsO)
- ▶ Im Wesentlichen Kodifikation BGH 03.12. 2009 (ZVI 2010, 102)

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

- Erweiterung § 302 Nr. 1  
Unterhaltsrückstände schon, wenn „vorsätzlich pflichtwidrig“ nicht gewährt  
Häufig Leistungen nach UVG (2010: 189.000 Verfahren)
- Einbeziehung von rechtskräftigen Verurteilungen gem. §§ 370, 373, 374 AO

Vermengung mit § 290 Abs. 1 Nr. 2

→ Weitere Fiskusprivilegien  
Entwertung RSB

*BRat: Statt rechtskräftige Verurteilung : „... die Forderung Gegenstand einer Steuerstraftat nach den §§ 370, 373 oder 374 der Abgabenordnung gewesen ist“*

*sowie Änderung § 251 AO: Feststellung durch FA/FG*

*BGH aber bei Feststellung Deliktseigenschaft: Zivilrechtsweg*

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Restschuldbefreiungsverfahren**

**BReG: Prüfung**

- Schuldnerverzeichnis - § 303a
  - ▶ Bisher Eintragung nach § 26 InsO
  
  - ▶ Zukünftig auch
    - Versagung RSB §§ 290, 296, 297 oder § 297a
    - Widerruf RSB § 303
    - nicht: Erteilung RSB (so noch RefE)
  
  - ▶ Hintergrund auch § 287a RegE (Folie 9/12)

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Funktionelle Zuständigkeit**

- Vollübertragung auf den RPfl

RefE:

- ▶ Gesamtes Verbraucherinsolvenzverfahren
- ▶ Alle Versagungsentscheidungen gem. §§ 290 ff.

RegE:

„Die funktionelle Zuständigkeit des Richters nach Maßgabe von § 18 Abs. 1 Nr. 1 des Rechtspflegergesetzes, die sich in der Praxis bewährt hat, bleibt bestehen.“

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Funktionelle Zuständigkeit**

*BRat: Öffnungsklausel*

- *für IK-Verfahren - ganz oder teilweise*
- *ggf. ohne Versagung/Widerruf RSB*

*Begründung:*

- 1) *Vermeidung Zuständigkeitswechsel*
- 2) *Ausgleich für Übergang Planverfahren durch ESUG auf Richter (2013)*
- 3) *Berücksichtigung der „unterschiedlichen personalwirtschaftlichen Belange der einzelnen Länder“*

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Funktionelle Zuständigkeit**

*BReG: Überprüfung der Neujustierung der Aufgabenverteilung zwischen  
Ri und RPfl zu einem späteren Zeitpunkt*

- *Keine Bedenken aus Art. 92 GG*  
§ 11 RPfIG
- *Evaluierung nach 5 Jahren - ESUG*

*Bei Evaluierung zu berücksichtigende Aspekte:*

- 1) *Aufgabenverlagerung von Ri auf RPfl in vergangenen Legislaturperioden*
- 2) *Kollision mit internationaler Ausrichtung InsO*
- 3) *Rechtsschutz gegen Bestellungsentscheidung gem. § 11 RPfIG*  
*Unzumutbare zeitliche Verzögerung ?*

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Auswahl Allgemeine Änderungen**

§ 5 Abs. 2: Schriftliches Verfahren bei Vorliegen der Voraussetzungen als Regelverfahren

*BRat: Grundsatz schriftliches Verfahren – BReG: Ablehnung*

§ 15a Abs. 6: Keine Geltung § 15a für Vereine i.S.d. § 42 Abs. 2 BGB

§ 26a: Kostentragungspflicht Gl. bei unbegründeten (!) Antrag

*BRat: Billiges Ermessen – BReG: Prüfung*

§ 27 Abs. 2 Nr. 1: Angabe volles Geburtsdatum

§ 63 Abs. 3: Übernahme § 11 Abs. 1 Satz 1,2, Abs. 3 InsVV

§ 65 „... sowie das hierfür maßgebliche Verfahren...“



BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Auswahl Allgemeine Änderungen**

§ 292 Abs. 1: Aussetzung Verteilung geringfügiger Beträge bis Ende WVP

§ 303: Ausweitung Widerrufsgründe bei erteilter RSB

§ 305 Abs. 3: Wegfall Rücknahmefiktion, Einräumung sofortige Beschwerde

§ 305 Abs. 4: Vertretungsbefugnis im gesamten Verfahren

§§ 66a, 67c GenG: Insolvenzfestigkeit Anteile Wohnungsgenossenschaft  
bis zur Höhe von vier Nutzungsentgelten (netto) / **2.000 €**

*BRat: Nicht ausreichend – BReG: Ablehnung*

In-Kraft-Treten: 3 Monate nach Verkündung –  
Schnitt bei Datum Antragstellung

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Fazit**

Dauerbaustelle InsO braucht einen fähigen Architekten  
Frühzeitige Einbeziehung der Praxis  
(vgl. Alternativentwurf Grote/Heyer ZInsO 2006, 1121)

Derzeit Fahrt ohne Kompass und Kurs  
Erst: Stärkung außerger. Einigungsversuch  
Jetzt: Streichung ger. Einigungsversuch - Insolvenzplan

Fortsetzung der Diskussion in den nächsten Jahren

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Literaturliste**

- **RefE 18.01.2012**

*Beck* Der Referentenentwurf zur Reform des Insolvenzrechts vom 18.1.2012 aus Schuldnerperspektive, ZVI 2012, 223; *Frind* Praxis-Prüfstand: Die Vorschläge zur Neuordnung des Insolvenzverfahrens natürlicher Personen – Teil 1, ZInsO 2012, 475; *Grote/Pape* Der Referentenentwurf zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und Stärkung der Gläubigerrechte, ZInsO 2012, 409; *Harder* Die geplante Reform des Verbraucherinsolvenzrechts, NZI 2012, 113; *Heyer* Reform der Verbraucherinsolvenz: Übertragung der Zuständigkeit für die verbrauchersolvenzverfahren auf den Rechtspfleger, ZVI 2011, 437; *Jacobi* Insolvenzrechtsreform zum Verfahren natürlicher Personen: Wichtiges für die gerichtliche Praxis, Insbüro 2012, 123; *Jaeger* Kein großer Wurf – der Referentenentwurf vom 18. Januar 2012, ZVI 2012, 177;

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Literaturliste**

*Laroche* Fünf Jahre Evaluation abgeschlossen? Zur geplanten Neuordnung der funktionellen Zuständigkeit zwischen Richter und Rechtspfleger im Schnelldurchlauf, NZI aktuell 6/2012, V; *ders.* Die Reform des Verbraucherinsolvenzrechtes- Zuständigkeit des Rechtspflegers unabdingbar, ZVI 2012, 93; *ders.* Die geplante Zuständigkeitsübertragung auf den Rechtspfleger im Rahmen der Verbraucherinsolvenzreform, ZInsO 2012, 681; *Schmerbach* RefE 2012: Geplante Änderungen im Restschuldbefreiungsverfahren und Vollübertragung auf den Rechtspfleger, NZI 2012, 161; *ders.* Verkürzung der Restschuldbefreiungsdauer – Ergänzungsvorschlag zum Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens... NZI 2012, 364; *Stephan* Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und Stärkung der Gläubigerrechte, ZVI 2012, 85; *Vallender/Laroche* 13 Jahre sind genug!-Plädoyer für die Abschaffung eines (eigenständigen) Verbraucherinsolvenzverfahrens, VIA 2012, 9

BAKInsO-Jahrestagung – Aktuelle Änderungen Insolvenzrecht  
**Literaturliste**

- **RegE 18.07.2012**

*Frind* Ein „schlankes“ neues Privatinsolvenzverfahren, ZinsO 2012, 1455;  
*Heyer/Richter* Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens und des Restschuldbefreiungsverfahrens – ein Schritt nach vorn? NZI Heft 18, V;  
*Heyer* Der Insolvenzplan im Verbraucherinsolvenzverfahren – gut gemeint, aber schlecht gemacht, ZVI 2012, 321; *Hingerl* Verkürzung des Verbraucherinsolvenzverfahrens durch Insolvenzplan, ZVI 2012, 258;  
*Schmerbach* Änderungen in Insolvenzverfahren natürlicher Personen – Der Regierungsentwurf vom 18.7.2012, VIA 2012, 57; *ders.* Der Regierungsentwurf vom 18.7.2012 – Änderungen in Insolvenzverfahren natürlicher Personen, NZI 2012, 689; *Stephan* Die Streichung der §§ 307 bis 310 InsO im Regierungsentwurf vom 18.7.2012, VIA 2012, 65;